Deutscher Bundestag **Drucksache 17/4562**

17. Wahlperiode 26. 01. 2011

Bericht

des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss) gemäß § 96 der Geschäftsordnung

zu dem Antrag der Bundesregierung – Drucksache 17/4402 –

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (International Security Assistance Force, ISAF) unter Führung der NATO auf Grundlage der Resolution 1386 (2001) und folgender Resolutionen, zuletzt Resolution 1943 (2010) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen

Bericht der Abgeordneten Herbert Frankenhauser, Klaus Brandner, Dr. h. c. Jürgen Koppelin, Michael Leutert und Sven-Christian Kindler

Mit dem Antrag bittet die Bundesregierung den Deutschen Bundestag, der von der Bundesregierung am 12. Januar 2011 beschlossenen Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der NATO-geführten Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (ISAF) zuzustimmen.

Für die Beteiligung an der ISAF in Afghanistan werden bis zu 5 350 Soldatinnen und Soldaten mit entsprechender Ausrüstung eingesetzt.

Das Mandat läuft bis zum 31. Januar 2012 und gilt nur, solange eine Ermächtigung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vorliegt.

Die einsatzbedingten Zusatzausgaben für die Fortsetzung der deutschen Beteiligung am Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan werden sich für den Zeitraum 1. März 2011 bis 31. Januar 2012 auf insgesamt 1,0609 Mrd. Euro belaufen. Hiervon entfallen auf das Haushaltsjahr 2011 rund 979,4 Mio. Euro sowie auf das Haushaltsjahr 2012 rund 81,5 Mio. Euro. Für diese Ausgaben ist im Einzelplan 14 des Bundeshaushaltes 2011 und im Finanzplan für das Jahr 2012 Vorsorge getroffen.

Der Haushaltsausschuss hat die Vereinbarkeit mit der Haushaltslage des Bundes mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei einer Stimmenthaltung aus der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN festgestellt.

Dieser Bericht wird unter dem Vorbehalt erteilt, dass der federführende Auswärtige Ausschuss keine Änderungen mit erheblichen finanziellen Auswirkungen empfiehlt.

Berlin, den 26. Januar 2011

Der Haushaltsausschuss

Petra Merkel (Berlin) Vorsitzende	**Herbert Frankenhauser** Berichterstatter	**Klaus Brandner** Berichterstatter	**Dr. h. c. Jürgen Koppelin** Berichterstatter
	Michael Leutert Berichterstatter	**Sven-Christian Kindler** Berichterstatter	

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333